

Grundlagen und Formen der Annäherung zwischen dem Islamismus und der radikalen „globalen Linken“ nach 9/11

Daniel Rickenbacher

Einführung

Die Annäherung zwischen linken und islamistischen Gruppierungen im Jahrzehnt nach dem 11. September 2001 war eine für viele überraschende und kontroverse Entwicklung. Sie hatte sowohl ideologische Grundlagen, etwa die gemeinsame Ablehnung Israels und den Hang zu einem dichotomen, anti-westlichen Weltbild, als auch taktische Gründe. So argumentierten linke Aktivisten, durch die Bündnisse mit islamistischen Gruppierungen ließen sich Muslime für linke Politik gewinnen. Wie eine kurze Auflistung zeigt, waren solche links-islamistischen Bündnisse keine isolierten Ausreißer, sondern ein weit verbreitetes internationales Phänomen. So entstand in England aus den Protesten gegen den dritten Irakkrieg im Jahr 2003 die Respect Party, ein Joint Venture britischer Islamisten und Linker.¹ In Ägypten vereinte die 2002 ins Leben gerufene Kairo-Konferenz linke Gruppierungen und Parteien aus Europa sowie Islamisten aus dem Nahen Osten. An den sechs Tagungen der Kairo-Konferenz nahmen unter anderem auch die Muslimbruderschaft, ihr palästinensischer Ableger Hamas sowie die libanesische Hisbollah teil, bis die Konferenz 2009 vom Mubarak-Regime gewaltsam aufgelöst wurde.² Auf der internationalen Bühne wurde das linkspopulistische Regime von Hugo Chávez in Venezuela, das auch unter der europäischen Linken Zustimmung bis tief ins sozialdemokratische Milieu fand, zum bevorzugten Verbündeten des schiitisch-islamischen Regimes im Iran.³ In Frankreich begannen politische Beobachter und Wissenschaftler daher Anfang der 2000er-Jahre, von einem rot-grünen Bündnis zwischen Islamisten und Sozialisten zu sprechen.⁴ Jedoch erhob sich früh – gerade auch innerhalb der politischen Linken – Kritik an diesen Allianzen. Fred Halliday, ein Nahost-

¹ Eran Benedek, Britain's Respect Party. The Leftist-Islamist Alliance and Its Attitude toward Israel, in: *Jewish Political Studies Review* 19 (2007), Heft 3/4, S. 153–163.

² Emmanuel Karagiannis/Clark McCauley, The emerging Red-Green alliance. Where political Islam meets the radical left, in: *Terrorism and Political Violence* 25 (2013), Heft 2, S. 167–182, hier S. 172.

³ Siehe z. B. Franco Cavalli, Was in Venezuela wirklich geschieht, in: *WOZ*, 9.4.2014, [https://www.woz.ch/-4daf], eingesehen 5.10.2017. – Franco Cavalli, ehemaliger Fraktionschef der SP Schweiz, gehört zu den profiliertesten Verteidigern des venezolanischen Regimes und ist sogleich als antiisraelischer Aktivist bekannt.

⁴ Alexandre del Valle, La convergence des totalitarismes, ou les nouveaux visages rouge-bruns-verts de l'antisémitisme, in: *Observatoire du monde Juif*, 5.9.2002; Pierre-André Taguieff, L'émergence d'une judéophobie planétaire: islamisme, antiimpérialisme, antisionisme, in: *Outre-Terre* (2003), Heft 3/2, S. 189–226.

Wissenschaftler und selbst ein erfahrener antiimperialistischer Aktivist, gehörte zu den prominentesten innerlinken Warnern vor dem „falschen Bewusstsein, das so viele sogenannte Linke in die Arme der Dschihadisten treibt“.⁵ Derartige Warnungen verhallten allerdings meist ungehört.

In den letzten Jahrzehnten konnte man verschiedene intensivere und weniger intensive Formen der Zusammenarbeit zwischen linken und islamistischen Gruppen beobachten. Die Politikwissenschaftler Ackermann und Bale unterscheiden dabei vier Kategorien: Gegenseitige rhetorische Unterstützung, gemeinsame politische Mobilisierung, sowie schließlich operative paramilitärische und logistische Zusammenarbeit.⁶ Dieser Beitrag befasst sich mit der gewaltfreien Zusammenarbeit beider Richtungen in den ersten beiden Bereichen, wobei das Themenfeld des Terrorismus ebenfalls kurz gestreift werden soll. Ferner wird untersucht, wie das Paradigma der links-islamistischen Einheitsfront (engl. United Front) nach dem 11. September 2001 durch linke Intellektuelle popularisiert und schließlich in Großbritannien und Ägypten zu einer Zusammenarbeit auf lokaler Ebene führte. Der Aufsatz analysiert die rhetorische Konstruktion des Islam und islamistischer Bewegungen als natürliche strategische Verbündete in linken Diskursen. Schließlich behandelt der Artikel die gemeinsamen Deutungsmuster und Weltanschauungen, welche die Zusammenarbeit zwischen der extremen Linken und dem politischen Islam erst möglich machen.

Die Einheitsfront: Die antiimperialistische Antwort auf den 11. September und das Ende der Menschenrechte

Die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 waren ein einschneidendes Ereignis für das linke Verhältnis zum Islam. Der Islam hatte bis dahin bestenfalls eine periphere Stellung in linken Diskursen eingenommen. Der Antiimperialismus, den die Neue Linke seit den 1960ern popularisierte, war eine nationalistische Ideologie mit einem reduktiven Freund-Feind Schema. Konflikte in der Dritten Welt und im Nahen Osten galten darin als Ausdruck eines Hegemonialstrebens der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, das sich gegen einheimische, „progressive“ nationalistische Bewegungen richtete. Religion spielte dabei eine untergeordnete Rolle. Dieser antiimperialistische Rahmen war nicht nur inadäquat, um die Konflikte während des Kalten Krieges zu verstehen, insbesondere den arabisch-israelischen Konflikt, sondern erwies sich nach dessen Ende als noch ungeeigneter. Dennoch prägte dieser antiimperialistische Rahmen die Reaktion linker Aktivisten und Intellektueller auf den Terroranschlag auf das World

⁵ Fred Halliday, The left and the jihad, in: *Open Democracy* 8 (2006), [<http://thedivineconspiracy.org/Z5203D.pdf>], eingesehen 12.5.2015.

⁶ Gary A. Ackerman/Jeffrey M. Bale, The potential for collaboration between Islamists and Western left-wing extremists: A theoretical and empirical introduction, in: *Dynamics of Asymmetric Conflict* 5 (2012), Heft 3, S. 151–171, hier S. 152–153.

Trade Center und den anschließenden „Krieg gegen den Terror“. Der marxistische Historiker Moishe Postone kritisierte 2006 unter anderem, die linke Analyse von 9/11 habe die Ideologie der Attentäter ignoriert und sei apologetischer Natur. Statt einer erkenntnisorientierten Analyse habe die Linke ihren eigenen Verständnisrahmen, insbesondere ihre Kritik an US-amerikanischer und israelischer Politik, den Ereignissen aufgezwungen.⁷ Generell wurden die Angriffe in weiten Teilen der Linken als irreführend, aber verständliche Reaktion auf den westlichen Imperialismus gewertet.

Statt den Islamismus zu konfrontieren, entwickelten radikale Elemente der britischen und der amerikanischen Linken nach 9/11 das Konzept einer Einheitsfront mit dem Islamismus. Ein führender Akteur dieses Projektes war die britische Socialist Workers Party (SWP). Die Wissenschaftlerin und linke Aktivistin Camilla Bassi, die damals selbst der SWP angehörte, schilderte die Diskussionen innerhalb der SWP nach dem 11. September in einem aufschlussreichen Dokument. Ihre Darstellung bestätigt Postones Kritik. Die Parteimitglieder verurteilten bei einem Treffen unmittelbar nach 9/11 zwar den Anschlag, aber nur aus taktischen Gründen. Intern hielten sie diese Taten für gerechtfertigt. In einer öffentlichen Diskussion im November 2001 lehnte die Mehrheit der SWP Camilla Bassis Forderung ab, sowohl den amerikanischen Krieg in Afghanistan und als auch die Taliban gleichermaßen zu verurteilen und stattdessen afghanische progressive Kräfte zu unterstützen. Bassis Gegner argumentierten, die Bekämpfung des größeren Übels, d. h. der USA und Großbritanniens, hätte Priorität.⁸ Dabei gälte es zu vermeiden, die „entfremdeten Massen desillusionierter, wütender britisch-muslimischer Jugendlicher, die die Sozialisten für sich gewinnen müssten“ zu verärgern.⁹ Es wird hier ein Widerspruch zwischen öffentlichem und internem Diskurs in der SWP offenbar. Während die SWP öffentlich betonte, dass ein Großteil der Muslime keine Sympathien für die Terroristen hätte, ging ihr wahlpolitisches Kalkül von der entgegengesetzten Annahme aus. Das SWP-Zentralkomitee verkündete daher die „Einheit der Basis der Opposition gegen den [...] Krieg allein, ohne den Zusatz anderer Leitlinien (z. B. Verurteilung des Terrorismus), die einige wichtige potentielle Verbündete ausschließen können und implizieren, dass der Hauptfeind jeder außer dem westlichen Imperialismus ist [...]“.¹⁰ Wie wir sehen war, die Inklusion islamistischer, gewalttätiger Gruppierungen im Kampf gegen den „westlichen Imperialismus“ daher bewusste Politik der von der SWP angeführten Koalition.

Eine Reihe linker Intellektueller verfolgte das Projekt, diese links-islamistische Einheitsfront von der lokalen auf die globale Ebene auszudehnen. Zu ihnen gehörte die

⁷ Moishe Postone, *History and helplessness: mass mobilization and contemporary forms of anticapitalism*, in: *Public Culture* 18 (2006), Heft 1, S. 93–110, hier S. 97–98.

⁸ Camilla Bassi, „The Anti-Imperialism of Fools“. A Cautionary Story on the Revolutionary Socialist Vanguard of England's Post-9/11 Anti-War Movement, in: *ACME. An international E-journal for Critical Geographies* 9 (2010), Heft 2, S. 113–137, hier: S. 113.

⁹ Ebd., S. 114.

¹⁰ Ebd., S. 126.

amerikanische Philosophin Susan Buck-Morss. In ihrem Essay „Can there be a Global Left?“ diskutierte Buck-Morss die Schaffung einer weltweiten Allianz, die auf der Verbindung der Modernitätskritik der Frankfurter Schule und jener Saïd Qutbs basieren würde. Ein solches „deutsch-jüdisches und arabisch-muslimisches“ Bündnis sei zwar bislang keine Realität, „aber schon der Gedanke an ein solches Bündnis, ein Angriff von innen und außen, suggeriert die Macht, die eine neue Linke in der Weltöffentlichkeit heute zu haben beginnt“.¹¹ Antinazistische Modernekritik nach Frankfurter Schule und antiwestlicher, antisemitischer Islamismus als gemeinsames Projekt. Für Buck-Morss war es daher die Aufgabe der zeitgenössischen Linken, „nach einem Pfad zu suchen, der kritische Diskurse, die sich in Teilkontexten entwickelt haben, miteinander verknüpft, um sie für eine noch zu konstituierende, globale progressive Linke nutzbar zu machen“.¹² Eine ähnliche Vision äußerte Judith Butler bei einem Sit-In an der Universität Berkeley im Jahr 2006, als sie betonte, wie wichtig es sei, Hamas und Hisbollah als soziale Bewegungen zu verstehen, „die progressiv sind, die links stehen, die Teil der globalen Linken sind“ und die es daher auf eine kritische Weise einzubeziehen gälte.¹³ Sowohl Buck-Morss als auch Judith Butler sehen sich als Vertreterinnen der Frankfurter Schule. Der Politikwissenschaftler Stephan Grigat wies jedoch darauf hin, dass sich Butlers proislamistische und damit auch gegenüber dem Antisemitismus implizit tolerante Einstellung kaum mit Adornos in der „Negativen Dialektik“ formuliertem kategorischen Imperativ verträglich sei. Dieser fordert, „alles Handeln und Denken so einzurichten, dass Ausschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“.¹⁴ Schon damals wurde klar, dass die Vision einer globalen Linken, die linken und islamistischen Antiimperialismus verband, nur realisierbar war durch einen Verzicht auf die Universalität der Menschenrechte und durch eine implizite Toleranz gegenüber Antisemitismus und Terror. Buck Morss argumentierte in diesem Sinne konsequent, „westlich definierte Freiheiten“ wie die universalen Menschenrechte dürften in einem „postkolonialen Kontext“ keine große Rolle spielen. Als Alternative schlug sie das Konzept der Würde vor: „Es geht hier nicht um Freiheit, sondern um Würde. Und im postkolonialen Kontext ist Würde wichtig. Besser ausgedrückt, Würde ist Freiheit in einem anderen Sinne, nämlich als Befreiung von der westlichen Hegemonie. [...] Wenn die Übernahme westlich definierter Freiheiten die Unterwerfung unter die westliche Macht mit sich bringt, wird das angestrebte Ziel durch die Mittel der Selbstentfremdung untergraben.“¹⁵ Offenbar war Buck-Morss bereit, die Menschenrechte, jedenfalls jene der

¹¹ Susan Buck-Morss, *Thinking Past Terror. Islamism and Critical Theory on the Left*, New York 2003, S. 99.

¹² Ebd., S. 101.

¹³ Iakovos Alhadeff, Judith Butler on Hamas, Hezbollah & the Israel Lobby (2006), in: *radicalarchives*, 28.3.2010, [<http://radicalarchives.org/2010/03/28/jbutler-on-hamas-hezbollah-israel-lobby/>], eingesehen 28.1.2016.

¹⁴ Stephan Grigat, *Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung*, Hamburg 2014.

¹⁵ Buck-Morss, *Thinking Past Terror*, S. 46.

Menschen in nicht-westlichen Staaten und Gesellschaften, zum Nutzen einer links-islamistischen Einheitsfront aufzulockern.

Nur durch ein manichäisches, bipolares Weltbild ist eine solche Haltung moralisch begründbar. Dies bedingt die Konstruktion eines Westens, repräsentiert durch die USA und Israel, als des absoluten Bösen. Gegenüber diesem sei jede Art von Gewalt moralisch und politisch gerechtfertigt. Dieses Weltbild schließt die Möglichkeit einer unabhängigen linken Position, die liberale Anliegen vertritt, aus. Die linkspopulistische kanadische Aktivistin Naomi Klein argumentierte genau in dieser Art, als sie 2004 „Progressive“ dazu aufrief, den amerikanischen Militäreinsatz gegen die Milizen des irakischen schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr, die den Aufbau eines islamischen Staates verfolgten, zu bekämpfen, weil letzterer eine hohe Popularität genieße und sich gegen die Amerikaner stelle. Obwohl sie Sadrs „gefährlichen Fundamentalismus“ zur Kenntnis nahm, gab es für Klein nur zwei Optionen. Entweder man sprach sich für eine manipulierte Demokratie aus, welche die USA und ihre „Schufte“ begünstigen würde, oder man war für eine „richtige“ Demokratie, die zwar die Islamisten begünstigte, aber eben auch weltliche und progressive Kräfte.¹⁶ Diese linke Parteinarbeit für den Islamismus war daher auch Ausdruck einer schwächelnden Linken, deren einziges Mittel es war, auf den islamistischen Zug aufzuspringen, um wenigstens die Hoffnung auf politische Macht aufrechtzuerhalten. Auch andere Linksinstrukturelle sahen in der Parteinarbeit für islamistische Akteure ein probates Mittel, um westliche Staaten zu bekämpfen. So besuchte der Linksinstrukturelle Noam Chomsky im Mai 2006 das Hauptquartier der Hisbollah und verteidigte die auch im Libanon kritisierte verfassungswidrige militärische Bewaffnung der Gruppe, weil diese eine abschreckende Wirkung gegenüber Israel entfaltete. Kaum zwei Monate später provozierte die Hisbollah einen Krieg mit Israel und widerlegte damit Chomskys These.¹⁷ Vor die Wahl zwischen westlichen oder mit islamistischen Akteuren gestellt, solidarisierten sich linke amerikanische Aktivisten und Intellektuelle in verlässlicher Weise mit letzteren.

Wie bereits erwähnt, geht das Projekt einer globalen links-islamistischen Allianz einher mit einer Kritik an aufklärerischen Überzeugungen, insbesondere der Universalität der Menschenrechte oder der Idee zivilisatorischen Fortschritts. Judith Butler etwa kritisiert ein Narrativ, welches die westliche Geschichte als eine Entwicklung in Richtung größerer individueller Freiheit darstellt. Dieses Narrativ, so Butler, bedinge die Ablehnung eines antimodernen islamischen Anderen.¹⁸ In Folge traten vermehrt rechtsgerichtete und konservative Bewegungen als Vertreter traditionell aufklärerischer Positionen auf. In den USA wurde diese Entwicklung von den Neokonservativen eingeleitet, einer Gruppe

¹⁶ Naomi Klein, The making of a hero, in: *The Guardian*, 7.10.2004, [<http://www.theguardian.com/world/2004/oct/07/iraq.comment>], eingesehen 6.6.2016.

¹⁷ U.S. Linguist Noam Chomsky Meets With Hizbullah Leaders in Lebanon, in: *MEMRI*, 16.5.2006, [<http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/1690.htm>], eingesehen 16.4.2016.

¹⁸ Judith Butler, *Frames of War. When Is Life Grievable?*, London-New York 2009, S. 102, zit. n. Birgit Schippers, *The Political Philosophy of Judith Butler*, New York 2014, S. 100.

ursprünglich antistalinistischer Linker, die in den 1980ern zu Reagans Republikanern überliefen, weil sie ihre Werte nicht länger durch die Demokratische Partei vertreten sahen. Nach 9/11 verstärkte sich diese Entwicklung. Moïche Postone kritisierte die amerikanische Linke dafür, dass sie „[...] der amerikanischen neokonservativen Rechten in der Bush-Administration erlaubt haben, das, was traditionell die Sprache der Linken war, zu übernehmen und sogar zu monopolisieren [...]“¹⁹ Er resümierte daher, dass „der gesamte Diskurs des Wandels an die Rechte abgegeben wurde“.²⁰ Der linke Umgang mit dem 11. September 2001 und der Aufstieg des Islamismus lösten daher wohl eine der größten Krisen innerhalb der Linken seit dem Kalten Krieg aus. In vielerlei Hinsicht war die Krise vergleichbar mit der Desillusionierung, die linke Intellektuelle angesichts der Entzauberung des Kommunismus durch die stalinistischen Schauprozesse und ähnliche Ereignisse empfanden. Bekannte, ehemals dezidiert linke Stimmen wie Christopher Hitchens, Nick Cohen oder Melanie Philipps, um nur einige zu nennen, verließen in der Folge den Mainstream der Linken oder wurden „exkommuniziert“. Die damalige Entwicklung zeitigte ein eigenes Genre, in dem sich die Autorinnen und Autoren damit auseinandersetzten, wie die Linke von ihrem Weg abgekommen sei. Dahinter stand das Bemühen, die Werte einer aufgeklärten Linken, wie sie das Anliegen der Autoren war, zu retten. In ihrem Wesen erinnert diese Gattung stark an die Werke jener Intellektuellen, die ihren Bruch mit dem Kommunismus verarbeiteten.²¹ Oft verbinden diese Bücher die Analyse der politischen Begebenheiten mit einer autobiografischen Darstellung der allmählichen Entfremdung des Autors von der Linken.²² In der Tat verstärkte 9/11 den schon lange andauernden Niedergang der Nachkriegs-Sozialdemokratie. Durch ihre Abgrenzung vom Sowjetkommunismus hatte sie sich eindeutig zum aufklärerischen Fortschrittsprojekt und zur Demokratie bekannt. Solche Inhalte standen nun vermehrt zur Disposition. Die Vision einer links-islamistischen Allianz war nur ein Ausdruck davon.

Kooperation zwischen Linken und Islamisten: Die „Stop the War Coalition“ in Großbritannien und die Kairo-Konferenz

Im Folgenden sollen die Zusammenarbeit zwischen Linken und Islamisten in Großbritannien sowie die Argumente, um diese gegenüber Kritikern zu rechtfertigen, analysiert werden. Nur zehn Tage nach den Anschlägen vom 11. September wurde die Stop the War Coalition (SWC) ins Leben gerufen als eine Plattform gegen den von den USA angeführten „War on Terror“. Die Koalition hatte durchschlagenden Erfolg, als

¹⁹ Postone, *History and Helplessness*, S. 103.

²⁰ Ebd.

²¹ Siehe z. B. Arthur Koestler/Ignazio Silone/André Gide, *Ein Gott, der keiner war*, München 1962.

²² Siehe z. B. Paul Berman, *Terror and Liberalism*, New York 2004; Nick Cohen, *What's Left? How the Left Lost its Way, How Liberals Lost Their Way*, London 2007.

Hunderttausende in London und anderen britischen Städten an den von ihr organisierten Protesten gegen die britische Beteiligung am Dritten Golfkrieg im Jahr 2003 teilnahmen. Dominiert wurde die SWC von der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP). Die SWP kooperierte im Rahmen der SWC mit der Muslim Association of Britain (MAB), der örtlichen Zweigstelle der Muslimbruderschaft, um die verschiedenen Proteste zu koordinieren.²³ Diese Kooperation zog die Kritik einiger linker Organisationen sowie von Einzelpersonen und Blogger auf sich. Die Alliance for Worker's Liberty zum Beispiel bezeichnete die MAB als „Faschisten“.²⁴ Einer der prominentesten linken Kritiker war sicherlich der *Guardian* Kolumnist Nick Cohen. Nachdem die MAB eine Zeitung verteilt hatte, die zum Mord an Ex-Muslimen aufrief, bemerkte er sarkastisch: „Im Interesse des Multikulturalismus ignorierte die SWP die Proteste der zimmerlichen Linken und ließ das durchgehen. Die Trotzkisten sind schließlich keine Islamfeinde. Die einzigen Muslime, gegen die sie eine Phobie haben, sind säkulare irakische Muslime, die schockierenderweise an die Menschenrechte glauben.“²⁵ Nach einer Reihe von Gesprächen, die im November 2003 begonnen hatten, gründeten Mitglieder der SWC am 24. Januar 2004 die Respect Party (RP).²⁶ Sie stellte weitgehend eine Allianz zwischen der trotzkistischen SWP und der islamistischen MAB dar, die jedoch als unabhängige Gruppierungen bestehen blieben.²⁷

Die RP profitierte anfänglich von reichlichen Spenden und einer allgemeinen Enttäuschung über die Irak-Politik der Labour Party, insbesondere unter den muslimischen Wählern. Die Partei bemühte sich stark um dieses Wählersegment auf der Basis einer muslimischen Identitätspolitik. Bei den Europawahlen 2004 bezeichnete sie sich daher als „die Partei für Muslime“ und kämpfte gegen Irakkrieg und Antiterror-Gesetzgebung.²⁸ Die RP erzielte einen Achtungserfolg und erhielt eine Viertelmillion Stimmen oder 1,5 Prozent der Stimmen. Sie war damit siebtstärkste Kraft, holte jedoch keine Sitze. In zwei stark muslimisch geprägten Bezirken im Osten Londons erhielt die RP gar mehr als 20 % der Stimmen und wurde stärkste Partei. Gleichwohl schnitt sie nicht in allen Bezirken mit einer bedeutenden muslimischen Bevölkerung erfolgreich ab.²⁹ Der denkwürdigste Erfolg der RP ereignete sich 2005, als der Labour-Renegat George Galloway den parlamentarischen Sitz der Labour Amtsinhaberin Oona King errang. King, die jüdischer und afroamerikanischer Herkunft ist, sah sich im Wahlkampf

²³ Zur Geschichte der MAB siehe Lorenzo Vidino, *The New Muslim Brotherhood in the West*, New York 2010, S. 140–146.

²⁴ Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin 2008, S. 219.

²⁵ Nick Cohen, *The Left isn't listening*, in: *The Guardian*, 16.2.2003, [<http://www.theguardian.com/politics/2003/feb/16/foreignpolicy.iraq>], eingesehen 7.11.2015.

²⁶ Timothy Peace, *All I'm Asking, Is For a Little Respect: Assessing the Performance of Britain's Most Successful Radical Left Party*, in: *Parliamentary Affairs* 66 (2013), Heft 2, S. 405–424, hier S. 407.

²⁷ Benedek, *At Issue*.

²⁸ Peace, *All I'm Asking*, S. 415.

²⁹ Ebd., S. 408–416.

wiederholt antisemitischen Angriffen ausgesetzt. U. a. drängten RP-Mitglieder die Wähler, aufgrund Kings jüdischer Identität nicht für diese zu stimmen.³⁰ Galloways Kandidatur profitierte auch von der Unterstützung durch islamistische Organisationen. Zu diesen gehörte das Islamic Forum Europe. Diesem schrieb Galloway in seiner Dankesrede eine entscheidende Rolle bei seinem Sieg zu. Die Gruppe strebt die Errichtung eines Kalifats auf der Grundlage der Scharia an und hatte ihren Sitz in der East London Moschee.³¹ George Galloways Wahlsieg zeigte, dass es möglich war, basierend auf einer islamisch-identitären Plattform erfolgreich Politik zu betreiben. Die RP war die prominenteste, aber nicht die einzige linke Initiative zur damaligen Zeit, die zum Ziel hatte, britische Muslime für die extreme Linke zu mobilisieren. Einer ähnlichen Strategie bediente sich auch der linkspopulistische Labour-Bürgermeister von London Ken Livingstone. 2004 und 2005 fungierte er als Gastgeber des spirituellen Führers der Muslimbruderschaft, Yussuf al Qaradawi, den er als „progressive Persönlichkeit“ beschrieb.³² Kritiker, die auf die Unterstützung des Klerikers für Selbstmordattentate und dessen gut bezeugten antisemitischen, frauenfeindlichen und homophoben Äußerungen aufmerksam machten, wurden von Livingstone und seinen Gefolgsleuten der Verleumdung und der „Islamophobie“ beschuldigt.³³ Nach den Erfolgen der RP im Jahr 2005 setzte auch die SWP ihre Annäherungspolitik an den Islamismus fort. So bezogen sich 2006 auf der jährlichen SWP-Marxismus-Konferenz mehrere Redner auf die Verschwörungstheorie eines „Krieges gegen den Islam“, die zu den Kernelementen der islamistischen Weltanschauung gehört, und riefen zu dessen Verteidigung auf.³⁴ Muslimbruderschaft-Aktivist Azzam Tamimi erhielt heftigen Applaus während seiner Rede, als er gestand: „Ich war mein ganzes Leben lang Mitglied der Muslimbruderschaft. Ich bin ein treuer Anhänger der Hamas. Und ich bin stolz darauf.“³⁵ Die linksislamistische Allianz übte auch Einfluss auf die Hochschulpolitik aus. Studentengruppen der SWP unterstützten die Föderation Islamischer Studenten-

³⁰ Ebd., S. 409.

³¹ Andrew Gilligan, IFE: not harmless democrats, in: *The Guardian*, 4.3.2010, [<http://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2010/mar/04/islamic-forum-europe-dispatches-gilligan>], eingesehen 9.11.2015; Ders., The infiltration of Labour, in: *Telegraph*, 28.2.2010, [<http://www.telegraph.co.uk/news/politics/labour/7333470/The-infiltration-of-Labour.html>], eingesehen 9.11.2015.

³² Mayor justifies cleric's welcome, in: *BBC Online*, 11.1.2005, [<http://news.bbc.co.uk/2/hi/4165691.stm>], eingesehen 28.5.2018.

³³ Peter Tatchell, Ken apologises (sort of), in: *The Guardian*, 7.4.2008, [<http://www.theguardian.com/commentisfree/2008/apr/07/kenapologisessortof>], eingesehen 28.5.2018; Jeremy Havardi, Refuting the Anti-Israel Narrative. A Case for the Historical, Legal and Moral Legitimacy of the Jewish State, Jefferson (NC) 2016, S. 209–210.

³⁴ Siehe dazu auch Daniel Rickenbacher, Der jüdisch-westliche „Krieg gegen den Islam“. Genealogie und Aktualität einer islamistischen Verschwörungstheorie, in: Marc Grimm/Bodo Kahmann (Hrsg.), *Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror*, Berlin-Boston 2018, S. 157–178.

³⁵ Ullrich, *Die Linke*, S. 220.

gesellschaften beispielsweise in ihrer Opposition gegen den internationalen Holocaust-Gedenktag.³⁶

Antizionismus war ein wichtiges Standbein der RP. Der antiimperialistische Antizionismus der SWP und der antisemitische Antizionismus der Muslimbruderschaft-Aktivist*innen erwiesen sich dabei als kongruent. Der Libanon-Krieg im Jahr 2006 bot der RP die Gelegenheit, mit antiisraelischer Agitation unter britischen Muslim*innen um Unterstützung zu werben. In ihren Stellungnahmen drückte die RP ihren Wunsch nach der Zerstörung Israels aus und solidarisierte sich mit dessen terroristischen Feinden. So äußerte Lindsey German, eine führende RP-Aktivist*in, bei einer Kundgebung, „dass, welche Meinungsverschiedenheiten ich auch immer mit Hamas und Hisbollah habe, ich lieber in ihrem Lager sein würde [...] sie wollen Demokratie. Demokratie im Mittleren Osten ist Hamas, ist Hisbollah“.³⁷ Die RP-Führer trafen sich noch im selben Jahr mit der Hamas- und Hisbollah-Führung.³⁸

RP erzielte in den Jahren 2005 bis 2007 bei Kommunal- und Parlamentswahlen weitere Erfolge. Insbesondere in den Bezirken mit den höchsten muslimischen Bevölkerungsanteilen im Vereinigten Königreich war die RP erfolgreich. Dieser Erfolg war jedoch zweischneidig. Es gelang der Partei letztlich nicht, islamistisch gesinnte Muslime für eine linke Politik zu gewinnen. Vielmehr driftete die RP immer mehr selbst in eine islamistische Richtung. Die RP spaltete sich schließlich 2007 in eine SWP-geführte und eine muslimisch geführte Teilpartei auf. Ein Grund für die Spaltung war das unterdurchschnittliche Abschneiden der nicht-muslimischen SWP-Kandidat*innen bei den Wahlen. Obwohl RP sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Kandidat*innen auf ihre Wahllisten setzte, waren alle erfolgreichen Kandidat*innen muslimischer Herkunft. Dies unterstreicht die Tatsache, dass der Erfolg der RP größtenteils auf die Unterstützung muslimischer Wähler zurückzuführen war.³⁹ Linke, nicht-muslimische Kandidat*innen konnten sich dagegen nicht durchsetzen.

Die durch die Stop the War Coalition (SWC) verkörperte links-islamistische Allianz hatte auch eine internationale Komponente. Ihre Ursprünge reichen in die Zeit nach dem Ausbruch der zweiten Intifada (auch: Al-Aqsa-Intifada) im September 2000 zurück. Zur Unterstützung des Aufstandes gründeten linke Organisationen im Oktober 2000 das Egyptian Popular Committee for Solidarity with the Palestinian Intifada EPCSPI (deutsch: Ägyptisches Volkskomitee für Solidarität mit der palästinensischen Intifada). Bald schlossen sich dem EPCSPI aber auch von der Muslimbruderschaft (MB) dominierte Berufsverbände und Gewerkschaften sowie Nasseristen an.⁴⁰ Das EPCSPI entfaltete eine Reihe von Aktivitäten: Es rief u. a. zu einem Boykott amerikanischer und

³⁶ Ebd., S. 219–220.

³⁷ Benedek, *At Issue*.

³⁸ Ebd.

³⁹ Peace, *All I'm Asking*, S. 417.

⁴⁰ Maha Abdelrahman, „With the Islamists? – Sometimes. With the State? – Never!“ Cooperation between the Left and Islamists in Egypt, in: *British Journal of Middle Eastern Studies* 36 (2009), Heft 1, S. 37–54, S. 42.

israelischer Waren auf, organisierte Demonstrationen und reichte eine Petition zur Schließung der israelischen Botschaft in Ägypten ein.⁴¹ Im September 2002 gründete die ägyptische Anwaltskammer, die von der Muslimbruderschaft kontrolliert wurde, die Egyptian Popular Campaign to Confront US Aggression (EPCCUA), um die Proteste gegen den Irak-Krieg zu koordinieren.⁴² Via EPCSPI und EPCCUA übte die MB wesentlichen Einfluss auf die organisierte antiamerikanische und antiisraelische „Antikriegsbewegung“ in Ägypten und später auch weltweit aus. Am 18. und 19. November 2002 organisierte die EPCCUA die erste Kairo-Konferenz, zu der neben Vertretern zahlreicher linker Organisationen auch Vertreter der Baath-Partei, der Muslimbruderschaft sowie Kubas eingeladen waren. Aus Großbritannien reisten der SWP-Funktionär John Rees und George Galloway an.⁴³ Die Kairo-Konferenz war der Versuch, die linke, islamistische sowie arabisch-nationalistische Opposition gegen Israel und die amerikanische Irakpolitik zu vereinen. Im Gegensatz zu ihren europäischen Genossen hielten viele ägyptische Linke jedoch merklich Abstand zur Konferenz. Sie wurden sowohl durch den antisemitischen Ton der Konferenz als auch durch glaubhafte Gerüchte abgeschreckt, wonach die Konferenz durch das Regime Saddam Husseins finanziert werde.⁴⁴ Die Kairo-Konferenz verabschiedete schließlich eine Erklärung, die zum Boykott amerikanischer und israelischer Waren und zur Entsendung von menschlichen Schutzschildern in den Irak aufrief. Kritik am irakischen Regime wurde bewusst unterlassen. Das Dokument war von antisemitischen Vorstellungen einer jüdischen Weltverschwörung und einer jüdischen Kontrolle der USA geprägt: „Die USA wollen die arabischen Länder keineswegs heimlich in kleinere Einheiten auf ethnischer oder religiöser Basis aufteilen. Dies würde es Israel ermöglichen, die dominierende regionale Macht im Rahmen des Nahost-Projekts zu werden und das arabische Projekt der gerechten Entwicklung und der regionalen Einheit gefährden.“⁴⁵ Zu den Unterzeichnern des Papiers gehörte, neben vielen anderen prominenten Linken, auch der britische Labour-Politiker Jeremy Corbyn, der später Vorsitzender der Partei geworden ist.⁴⁶ Dies unterstreicht die fortwährende Kontinuität des Kairo-Programms in der Politik der britischen Linken.

An der zweiten Kairo-Konferenz im Dezember 2003 trat die MB erstmals als offizieller Partner der Konferenz auf. Die Konferenz stand unter den drei Schlagworten „Nein zur

⁴¹ Asef Bayat, The „Street“ and the Politics of Dissent in the Arab World, in: *Middle East Report* 226 (2003), [<https://merip.org/2003/03/the-street-and-the-politics-of-dissent-in-the-arab-world/>], eingesehen 1.2.2020.

⁴² Zur Ägyptischen Anwaltskammer siehe Jeffrey Haynes, *Routledge Handbook of Religion and Politics*, London 2008, S. 241.

⁴³ Stan Crooke, The Cairo Declaration. Is it really a „great opportunity“?, in: *Workers' Liberty*, 28.1.2003, [<http://www.workersliberty.org/node/590>], eingesehen 10.10.2017.

⁴⁴ Ruth Reitan, The Global Anti-War Movement Within and Beyond the World Social Forum, in: *Globalizations* 6 (2009), Heft 4, S. 509–523, hier S. 519–520.

⁴⁵ Crooke, The Cairo Declaration.

⁴⁶ Cairo motion is great opportunity, in: *Socialist Worker online*, 18.1.2003, [<http://archive.is/4gpB2>], eingesehen 10.10.2017.

kapitalistischen Globalisierung und US-Hegemonie“, „Nein zur Besetzung des Iraks und zu Zionismus in Palästina“ und „Nein zum Autoritarismus in der arabischen Region“.47 Erneut nahmen auch zahlreiche linke Organisationen und Aktivisten aus Europa und Nordamerika teil, besonders prominent die SWC. Die Anwesenheit islamistischer und terroristischer Organisationen wurde von diesen ausdrücklich begrüßt. In den Augen von John Rees bot die Konferenz generell eine einzigartige Gelegenheit für ein Zusammenkommen linker und islamistischer Kräfte:

„Wo sonst kannst du dich an einem einzigen Abend hinsetzen und den führenden Menschen der Hamas, der Hisbollah, der Muslimbruderschaft, der revolutionären Linken und der Anti-Kriegs-Bewegung rund um den Globus zuhören? Es gibt keinen anderen Ort. Also was auch immer die Kritik der Leute sein mag, [...] es ist [...] die beste Konferenz, die es im Nahen Osten zu dieser Frage gibt. Ich glaube auch, dass sie dazu beigetragen hat, der Demokratiebewegung in Ägypten einen gewissen politischen Raum zu eröffnen. Dies sind nicht unerhebliche Leistungen.“48

Trotzdem kam es gelegentlich zu Spannungen zwischen ägyptischen Linken und Islamisten. Die britische SWC Aktivistin Salma Yaqoob versuchte zu schlichten und forderte „beide Seiten der Bewegung auf, Wege zu finden, enger zusammenzuarbeiten. Sozialisten, Nationalisten und Islamisten sollten einen gemeinsamen Nenner gegen einen gemeinsamen Feind suchen [...]“.49 Die Linke realisierte dabei nicht, dass sie durch diese Politik ihre eigene Identität gefährdete. Prominente Vertreter der extremen Linken, wie der französisch-libanesische Aktivist Gilbert Achar, kritisierten das Bündnis zwischen der SWP und der Muslimbruderschaft aus taktischen, aber nicht aus prinzipiellen Gründen. In einem Artikel aus dem Jahr 2005 beschuldigte er die trotzkistische Partei, die Grundlagen der Zusammenarbeit mit nicht-sozialistischen Verbündeten zu missachten, indem sie „Banner und Plakate mischte, [...] die Bedeutung der Elemente ihrer politischen Identität minimierte, die ihre fundamentalistischen Verbündeten des Tages in Verlegenheit bringen könnten; und schließlich [...] diese temporären Verbündeten so zu behandeln, als seien sie strategische Verbündete“.50 In der Tat – die Linke war der schwächere Partner in der links-islamistischen Allianz und wurde zunehmend von ihren islamistischen Verbündeten vereinnahmt.

47 Abdelrahman, *With the Islamists?*, S. 43–44.

48 John Rees/Amira Howeid, „Our opponents are on the defensive“, in: *Ikhwanweb*, 7.4.2007, [<http://ikhwanweb.com/article.php?id=1899>] (ursprünglich erschienen in: *Al-Abram*), eingesehen 10.10.2017.

49 Anne Ashford, Cairo Conference: Middle Eastern Promise, in: *Socialist Review* (2004), Heft 281, [<http://socialistreview.org.uk/281/cairo-conference-middle-eastern-promise>], eingesehen 31.10.2015.

50 Gilbert Achar, Marxists and Religion – yesterday and today, in: *International Viewpoint*, 16.3.2005, [<http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article622>], eingesehen 30.12.2015.

Der Islam als Partner gegen den Imperialismus?

Die Unterstützung von Islamisten durch Linke wird in der Regel durch die gemeinsame antiimperialistische und antizionistische Agenda gerechtfertigt. Diese strategischen Gemeinsamkeiten würden die ideologischen Gegensätze überwiegen, die durchaus zur Kenntnis genommen wurden. Eddie Truman, der Betreiber des inzwischen eingestellten Blogs *Islamophobia Watch*, etwa schrieb 2004:

„Ungeachtet unserer Differenzen mit dem militanten Islam müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, dass die islamischen Organisationen Massenparteien sind, die militanten Widerstand gegen die Unterdrückung der USA und Israels darstellen. Die Hamas in Palästina ist eine massive Macht, die die Palästinenser vor einem mörderischen Ansturm eines israelischen Staates schützt, der entschlossen ist, sie von der Erdoberfläche zu tilgen.“⁵¹

Die Versuche linker Antiimperialisten nach dem 11. September, den Islam für ihre Politik zu instrumentalisieren, standen in einer langen, nicht exklusiv linken Tradition. Bereits die Großmächte im 19. und 20. Jahrhundert hatten dies versucht. Das bekannteste, aber nicht einzigartige Beispiel hierfür ist die Orientpolitik des Deutschen Kaiserreichs.⁵² Die sowjetische Außenpolitik stand ironischerweise ganz in dieser Tradition, obwohl sie sich selbst als antiimperialistisch darstellte.

Die Politik des Antiimperialismus war eine Folge der Turbulenzen des Weltkrieges und der bolschewistischen Machtergreifung 1917. Lenin argumentierte in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, dass die Revolution nur gelingen kann, wenn sich das Proletariat in den westlichen, fortgeschrittenen Ländern mit „nationalen Befreiungsbewegungen“ in der kolonialen Peripherie verbündet. Diese Politik führte einen grundlegenden Doppelstandard in die nationale Frage ein: Während der Nationalismus der Linken im Westen als reaktionär galt, wurde er in der Peripherie unterstützt und als progressiv dargestellt. Die Unterstützung für nationalistische Bewegungen ging jedoch oft auf Kosten der Kommunisten vor Ort.⁵³ Dieser Antiimperialismus war im Grunde ein Ausdruck sowjetischer Realpolitik, der außenpolitischen und nicht ideologischen Maximen folgte. Wie die Deutschen zuvor, versuchten die Sowjets in den 1920er-Jahren mittels verschiedener Initiativen, den Islam als vermeintlich antiimperialistische Ideologie zu kooptieren. Ziel war es, durch die Revolutionierung der muslimischen Massen den geopolitischen und ideologischen Rivalen der Sowjetunion, insbesondere Großbritannien, in den Rücken zu fallen.⁵⁴ Einer der Orte, an denen diese Politik verfolgt wurde, war Palästina.

⁵¹ Eddie Truman, *The Left and Islam*, in: *Islamophobia Watch*, 16.7.2004, [<http://www.islamophobiawatch.co.uk/the-left-and-islam/>], eingesehen 1.6.2020. (Kopie des ursprünglich unter [islamophobia-watch.com](http://www.islamophobia-watch.com) gehosteten Blogs.)

⁵² Siehe hierzu u. a. Wolfgang G. Schwanitz, „Der Geist aus der Lampe“. Fritz Grobba und Berlins Politik im Nahen und Mittleren Orient, in: *Comparativ* 14 (2004), Heft 1, S. 126–150.

⁵³ Colin Shindler, *Israel and the European Left. Between Solidarity and Delegitimization*, New York 2011, S. 43–47.

⁵⁴ Fred Halliday, „Islam“ and Soviet Foreign Policy, in: *Arab Studies Quarterly* 9 (1987), Heft 3, S. 217–233.

Der pro-islamische sowjetische Antiiperialismus verband sich hier mit der bolschewistischen Feindschaft gegen den jüdischen Nationalismus, d. h. den Zionismus. Gegen erheblichen internen Protest drängte die Komintern die fast ausschließlich jüdische Kommunistische Partei Palästinas sich zu arabisieren und ein unheiliges Bündnis mit arabischen nationalistischen und islamischen Elementen in Palästina anzustreben.⁵⁵ Als 1929 eine antijüdische Revolte ausbrach, schlossen sich die Kommunisten zunächst den jüdischen Verteidigungskräften an. Gegen den Rat ihres Nahost-Gesandten, der Zeuge der antisemitischen Pogrome wurde, beschloss die Komintern, die Revolte als antiimperialistischen, revolutionären Aufstand zu begrüßen und zwang diese Haltung ihren Mitgliedsorganisationen auf. So glorifizierte die deutsche kommunistische Tageszeitung *Die Rote Fabne* die arabischen Nationalisten in Palästina, während sie den Zionismus als „parasitäre“, „faschistische“, imperialistische und kapitalistische Bewegung diffamierte, die von „jüdischen Finanzmagnaten“ in Amerika kontrolliert werde. Diese antisemitische, verschwörungstheoretische Sprache zeigt, dass der linke Antisemitismus keine Erfindung der Neuen Linken war, sondern seit jeher tief im antiimperialistischen Denken verwurzelt war.⁵⁶ Auf Geheiß der Komintern unterstützte die Kommunistische Partei Palästinas den arabischen Aufstand von 1936 bis 1939, wobei sie leugnete, dass die arabischen Führer Unterstützung aus dem nationalsozialistischen Deutschen Reich erhielten, und agitierte gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Europa. Die arabische Bevölkerung wurde kollektiv als fortschrittlich und revolutionär erklärt, während die Juden als chauvinistisch und reaktionär gebrandmarkt wurden. Erst 1939 gaben die palästinensischen Kommunisten in internen Dokumenten ihre fehlerhafte Einschätzung zu. Die Komintern hatte mit ihrer Palästinapolitik in den 1920er und 1930er-Jahren ein Muster etabliert, das bis heute die antiimperialistische Linke kennzeichnet: Die Ignorierung, respektive sogar Unterstützung des Antisemitismus zur Aufrechterhaltung der antiimperialistischen Allianz. Die antiisraelische Wendung der Neuen Linken in Westeuropa und den USA in der Nachkriegszeit stellte eine Fortsetzung dieses Musters dar.

Die Ideologie des Antiiperialismus, die seit den 1960er-Jahren in der Bewegung der Neuen Linken erneut Fuß fasste, vermittelte einer Reihe von Linksaktivisten und Linksintellektuellen einen neuen, positiven Zugang zum Islam. Die beiden prägendsten Ereignisse im linken Verhältnis zum Islam waren der Algerische Bürgerkrieg und die Iranische Revolution. Nach der Iranischen Revolution in den Jahren 1978/1979 erhöhte sich das Renommee des Islam in antiimperialistisch gesinnten Kreisen. Im Nahen Osten und in Nordafrika wandten sich in den 1980er-Jahren unzählige ehemalige

⁵⁵ Grigat, *Einsamkeit Israels*, S. 65–66.

⁵⁶ Zit. n. Olaf Kistenmacher, Vom „Judenkapital“ zur „jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“. Zur Entwicklung des „Antizionismus“ in der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, 1925–1933, in: *associazione delle talpa/Rosa Luxemburg Initiative Bremen* (Hrsg.), *Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion*, Berlin 2010, S. 92–93.

Linksaktivisten dem Islamismus zu.⁵⁷ 1981 warnte der linksliberale syrische Intellektuelle Sadiq al-Azm vor einem wachsenden Okzidentalismus in der arabischen Welt. Er beobachtete, dass nach der iranischen Revolution von 1979 viele arabische Linke, „ehemalige Radikale, Ex-Kommunisten, unorthodoxe Marxisten und desillusionierte Nationalisten der einen oder anderen Art“, sich zum politischen Islam hingezogen fühlten.⁵⁸ Al-Azm kritisierte deren „Beharren darauf, die vertraute Opposition der nationalen Befreiung gegen imperialistische Herrschaft durch die reaktionärere Opposition von Ost gegen West zu ersetzen“.⁵⁹ Die Wiedererstarkung des politischen Islam als politische Kraft war auch im Westen spürbar. Viele Linksintellektuelle, unter ihnen der französische Philosoph Michel Foucault, sympathisierten nach der Iranischen Revolution mit dem politischen Islam.⁶⁰

Eine Reihe von Linksaktivisten konvertierte in der Periode zwischen dem Beginn des Bürgerkrieges in Algerien und den Jahren nach der Iranischen Revolution gar zum Islam. Diese linken Konvertiten verstanden ihren Glaubenswechsel als politisches Statement und als Solidaritätsbekenntnis für den antikolonialen Kampf, insbesondere in Algerien. Zu den bekanntesten Linkskonvertiten zählen der Schweizer Ahmed Huber und die Franzosen Roger Garaudy und Jacques Vergès. Wie der französische Politologe Pierre-André Taguieff in Bezug auf Roger Garaudy beobachtete, begannen diese Bekehrten ihren Weg in Richtung islamischer Gläubigkeit in der Regel mit einer ideologischen Mischung aus Dritte-Welt-Begeisterung und antiwestlichem Ressentiment.⁶¹ Die Konversion zum Islam war eine Wegmarke auf einer langen Karriere der politischen Radikalisierung. Alle drei beendeten ihre Karrieren als „Querfrontler“: Figuren, deren Politik zwischen der extremen Linken und der extremen Rechten angesiedelt war. Sie machten sich einen Namen als Sympathisanten des Terrorismus, als leidenschaftliche Antisemiten und Holocaustleugner oder, wie im Fall Vergès, als Verteidiger von Nazi-Kriegsverbrechern.⁶² Es ist auffallend, dass die Konversion zum Islam bei diesen ehemaligen Linksaktivisten in der Regel mit einem ausgeprägten Antisemitismus einherging.

In einigen Fällen entdeckten linke Konvertiten nach ihrer Bekehrung den Dschihadismus für sich. Dafür gibt es mehrere Beispiele. So verübten die Linksextremisten Bernhard

⁵⁷ Siehe u. a. Manfred Sing, Brothers in Arms. How Palestinian Maoists Turned Jihadists, in: *Die Welt des Islams* 51 (2011), Heft 1, S. 1–44.

⁵⁸ Sadik Jalal Al-Azm, Orientalism and Orientalism in Reverse [1981], in: Alexander Lyon Macfie (Hrsg.), *Orientalism. A Reader*, Edinburgh 2000, S. 217–238, hier S. 234.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Janet Afary/Kevin B. Anderson, Revisiting Foucault and the Iranian Revolution, in: *New Politics* 10 (2004), Heft 1, [https://newpol.org/issue_post/revisiting-foucault-and-iranian-revolution/], eingesehen 4.6.2020.

⁶¹ Pierre-André Taguieff, L'itinéraire du „grand militant mujahid Roger Garaudy“: du communisme au négationnisme, in: *Le Huffington Post*, 17.6.2012, [http://www.huffingtonpost.fr/pierreandre-taguieff/mort-roger-garaudy_b_1602735.html], eingesehen 16.4.2016.

⁶² Siehe u. a. Kevin Coogan, The Mysterious Achmed Huber. Friend to Hitler, Allah... and Bin Laden, in: *Free Republic*, April/Mai 2002; Bernard Violet/Robert Jegaden, Vergès. Le Maître de l'ombre, Paris 2000; Michaël Prazan/Adrien Minard, Roger Garaudy, itinéraire d'une négation, Paris 2007.

Falk und Michael Steinau in den 1990er-Jahren mehrere Terroranschläge in Deutschland im Namen der Antiimperialistischen Zellen. Zunächst sympathisierten sie mit dem schiitisch-islamistischen Regime des Irans und konvertierten 1994 selbst zum Islam. In ihrem letzten Bekenntnisschreiben nach einem Terroranschlag im Jahr 1995 schrieben sie: „Wir haben den Islam als revolutionäre Waffe in voller Schärfe und Schönheit kennenlernen dürfen.“⁶³ Bernhard Falk, mittlerweile ein Salafist und Anhänger der Al-Qaida, sieht durchaus eine Kontinuität in seinen Überzeugungen: „Antiimperialist bin ich immer noch,“ meinte er 2014.⁶⁴ Ein anderes Beispiel für den Gang vom Linksextremismus zum Dschihadismus ist der Terrorist Carlos, auch er ein Konvertit zum Islam. Carlos lobte die Anschläge vom 11. September und forderte die Linke auf, Osama bin Laden als Vorkämpfer gegen den Imperialismus anzuerkennen.⁶⁵

Parallel zu den genannten politischen Allianzbestrebungen ist seit dem 11. September 2001 auf Seiten der äußersten Linken auch das verstärkte Bestreben zu erkennen, den Islam als natürlichen Verbündeten zu konstruieren. Damit verbunden war auch ein erhöhtes Interesse an historischen Vorläufern der Zusammenarbeit zwischen der Linken und islamischen Bewegungen. Dies diente der Rechtfertigung aktueller Zustände. Linke Denker beantworteten Kritik an der links-islamistischen Bündnispolitik, indem sie Beispiele in der Geschichte aufzeigten, in denen sozialistische Parteien Allianzen mit nichtsozialistischen, ultrakonservativen Parteien geschlossen hatten. So rechtfertigte etwa der italienische Linksextremist Giuseppe Maj links-islamistische Bündnisse mit den Verweis auf die Geschichte: „Es gab in der modernen Geschichte [...] mehrere Male analoge Situationen, in denen fortschrittliche Bewegungen von Kräften mit rückwärtsgewandten Ansichten geführt wurden.“⁶⁶ Der schottische Linksnationalist und Sozialist Eddie Truman argumentierte 2004 ähnlich: „Unterdrückte Völker haben auf verschiedenen Stufen der Geschichte religiöse Ideen und Institutionen als Waffen des Kampfes eingesetzt. [...] Die katholische Kirche in Irland kombinierte antiimperialen Widerstand gegen die englische Unterdrückung mit ultrakonservativen sozialen Einstellungen.“⁶⁷ Während Truman und Maj die reaktionären Überzeugungen ihrer muslimischen Bündnispartner nicht leugneten, gingen andere weiter und erklärten den Islam zu einer progressiven, revolutionären Ideologie.

Zwei Artikel von Dave Crouch in der Zeitschrift *Socialist Review* aus den Jahren 2003 und 2006, die das Verhältnis zwischen Bolschewismus und Islam nach der Oktoberrevolution

⁶³ Sabine am Orde, Der linke Salafist, in: *die tageszeitung*, 31.10.2014, [<http://www.taz.de/15029925>], eingesehen 6.2.2016.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Vgl. Ilich Ramírez Sánchez [Carlos]/Jean-Michel Vernochet, *L'islam révolutionnaire*, Monaco 2003.

⁶⁶ Giuseppe Maj, Il ruolo di Hezbollah nella rinascita del movimento comunista internazionale, in: *Resistenza* 9 (2006), zit. n. Lorenzo Vidino, The Italian radical Left's ambivalent fascination with Islamism, in: *Dynamics of Asymmetric Conflict* 5 (2012), Heft 3, S. 172–182, hier S. 178–179.

⁶⁷ Maj, Il ruolo di Hezbollah; – Zu Eddie Truman siehe Phil, Remembering Eddie Truman, 3.7.2016, [<http://averypublicsociologist.blogspot.com/2016/07/remembering-eddie-truman.html>], eingesehen 13.10.2017.

thematizieren, wurden besonders stark rezipiert.⁶⁸ Einer der beiden Artikel wurde 2006 auch ins Deutsche übersetzt und 2010 in einem Sammelband zum Thema „Islam, Rassismus und die Linke“ erneut herausgegeben.⁶⁹ Crouch vertritt darin die These, dass die Bemühungen der Bolschewiki, Russlands Muslime und die panislamische Bewegung für die Revolution zu gewinnen, nicht bloß taktischer Natur waren, sondern auf echter Sympathie für die Muslime beruhten. Der bolschewistische Doppelstandard in der Religionsfrage – Unterdrückung der russischen Orthodoxie versus Unterstützung des Islam – war eine Folge der Anerkennung muslimischen Leidens während der Zeit des Zarismus. Viele russische Sozialisten kritisierten diesen Doppelstandard der Bolschewiki und forderten ein einheitliches Vorgehen in der religiösen Frage. In den Augen von Dave Crouch setzten diese Kritiker damit die chauvinistische Politik des Zarismus fort:

„Diese Genossen unterschieden nicht zwischen dem Nationalismus des Unterdrückers und dem der Unterdrückten oder der Religion des Unterdrückers und der Unterdrückten. Für sie war jede Religion ein Feind. Lenin erkannte schon sehr früh, dass diese abstrakte Opposition zu nationalen und religiösen Rechten mit dem wiederauflebenden russischen Chauvinismus verschmelzen könnte.“⁷⁰

Es ist klar erkennbar, dass diese Kritik vor allem gegen die zeitgenössischen linken Kritiker der links-islamistischen Allianz gerichtet war. Crouch argumentierte gezielt gegen den Laizismus und für die Unterstützung islamischer Institutionen. Nur so könne die Klassenstruktur der islamischen Gesellschaft öffentlich gemacht werden:

„Die offensichtliche Nachgiebigkeit ‚der Bolschewiki‘ gegenüber der Scharia spiegelte die Erkenntnis wider, dass der islamische Konservatismus nur dadurch in Frage gestellt werden konnte, indem man mit der großrussischen chauvinistischen Politik brach und dadurch sowohl die Fähigkeit der religiösen Eliten schwächte, alle Klassen um die Moschee herum zu vereinen, als auch die Grundlage dafür legte, dass die Klassenspaltungen in der muslimischen Gesellschaft an die Oberfläche kommen.“⁷¹

Crouchs Artikel zogen implizit eine Parallele zwischen der Zeit nach dem 11. September und jener nach der Oktoberrevolution. Dieses Mal waren Muslime die revolutionäre Klasse. Die Schlussfolgerungen der beiden Artikel lagen auf der Hand: Die zeitgenössischen Kritiker der links-islamistischen Annäherungspolitik begehen denselben Fehler wie die Kritiker der Islampolitik der Bolschewiki. Sie ignorieren, dass der Islam eine Religion der Unterdrückten sei und setzten dadurch angeblich das chauvinistische, antimuslimische Erbe des Imperialismus fort. Sie sind daher die Feinde der Revolution und der weltlichen Gerechtigkeit.

⁶⁸ Dave Crouch, *Bolsheviks and Islam: Religious Rights*, in: *Socialist Review* (2003), Heft 280, [<http://socialistreview.org.uk/280/bolsheviks-and-islam-religious-rights>], eingesehen 18.4.2016; Dave Crouch, „The Bolsheviks and Islam“, in: *International Socialism* (2006), Heft 110, [<http://isj.org.uk/the-bolsheviks-and-islam>], eingesehen 24.3.2016.

⁶⁹ Yaak Pabst, *Islam, Rassismus und die Linke*, o. O. 2010.

⁷⁰ Crouch, *Bolsheviks and Islam*.

⁷¹ Ebd.

Gemeinsame Deutungsmuster

Wie der folgende Abschnitt zeigt, bestehen Übereinstimmungen in der linken und islamistischen Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Westen und Islam. Befürworter links-islamistischer Allianzen wie Crouch, Buck-Morss oder Giuseppe Maj nehmen die Rolle des Vermittlers oder Übersetzers ein. In dieser Funktion nehmen sie für sich in Anspruch, angebliche Vorurteile über den politischen Islam und seine Befürworter zu widerlegen und sein wahres Wesen einem westlichen, in der Regel linken Publikum verständlich zu machen. Der Politikwissenschaftler Karagiannis beobachtete, dass bei diesem Übersetzungsprozess islamistische Inhalte oft säkularisiert werden. Dabei werden problematische Aspekte des Islamismus, wie Antisemitismus oder religiöser Fundamentalismus, minimiert, während solche, die ihm mit Ideen der Linken gemeinsam sind, etwa antiimperialistische, antikapitalistische oder antirassistische Vorstellungen, hervorgehoben werden. Wie bereits beschrieben säkularisierte Susan Buck-Morss etwa den Islamismus, indem sie ihn mit der Kritik der Frankfurter Schule an der Aufklärung verglich. Giuseppe Maj tat dasselbe, indem er die Hamas als eine antirassistische, demokratische Organisation darstellte:

„Wir müssen die Verunglimpfung der Organisationen, die diesen Kampf führen, hinterfragen und ihre wirklichen Positionen bekannt machen: Die Hamas und die PFLP sind zwei Organisationen, die für ein demokratisches Palästina ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion und Nationalität kämpfen.“⁷²

Doch wie ist es erklärbar, dass das angeblich echte Wesen des Islamismus sich so sehr von jenem Bild unterscheidet, dass sich seine Kritiker, inklusive einer großen Mehrheit der Bevölkerung in westlichen Staaten, von ihm machen? Diese Diskrepanz ist nur erklärbar durch die These, dass der politische Islam bewusst falsch dargestellt wird. Genau dies behauptet Giuseppe Maj. Gemäß dem italienischen Linksextremisten nutzen die Imperialisten bestehende antiislamische Gefühle, um die „demokratische und antiimperialistische Revolution, die in arabischen und muslimischen Ländern stattfindet, als Religionskrieg“ falsch darzustellen.⁷³ Maj insinuiert also, dass der Islamismus Opfer einer gezielten Verleumdungskampagne der Imperialisten sei.

Die These, dass westliche Medien und Forscher den Islam systematisch falsch darstellen würden, wurde im Westen von Edward Said in seinen bekannten Werken „Orientalism“ und „Covering Islam“ aus den Jahren 1978, respektive 1981 popularisiert. Insbesondere seine Kritik an westlicher Gelehrsamkeit war jedoch keineswegs neu. Vielmehr behaupteten islamische Ideologen seit den 1920er-Jahren, westliche Gelehrte seien Teil eines „kulturellen und geistigen Krieges gegen den Islam“.⁷⁴ Diese Theorie wurde später auch von Said Qutb, dem führenden Ideologen der Muslimbruderschaft aufgenommen

⁷² Vidino, *The Italian radical Left's*, S. 178.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Israel Gershoni/James P. Jankowski, *Redefining the Egyptian nation. 1930–1945*, Bd. 2, Cambridge 2002, S. 65–67.

und verbreitet. Ironischerweise beschuldigte Qutb westliche Forscher, die politische Botschaft des Islam zu minimieren – also exakt das Gegenteil dessen, was linke Anhänger Saids der westlichen Islamforschung vorwerfen.⁷⁵ Dieser angebliche geistige Krieg gegen den Islam ist Teil einer umfassenderen Verschwörungstheorie, wonach der Westen, in der Regel unter Anleitung der Juden, einen Krieg gegen den Islam führe, um ihn letztlich zu zerstören. Diese Theorie ist seit der jungtürkischen Revolution im Jahr 1909 im Umlauf und stellt einen der Kerninhalte islamistischer Propaganda dar.⁷⁶ Edward Saids Thesen ähneln dieser Verschwörungstheorie frappant und stellen gewissermaßen ihre säkularisierte Form dar.

Die Theorie vom westlichen Krieg gegen den Islam wird immer wieder auch von linker und antirassistischer Seite in säkularisierter Form zitiert. Gemäß seinem Editorial hatte sich der Blog *Islamophobia Watch* zum Auftrag gesetzt, „veröffentlichtes Material zu dokumentieren, das Angst und einen Hass gegenüber den muslimischen Völkern der Welt und dem Islam als Religion vertritt [...] [und] nicht zuzulassen, dass die rassistische Ideologie des westlichen Imperialismus in seiner Dämonisierung des Islam weitere Verbreitung findet“.⁷⁷ Das Thema wiederholt sich auch in anderen Artikeln des Blogs. Lindsey German, eine Politikerin der SWC und der RP, behauptete ebenfalls, dass es eine Beziehung zwischen Kritik am Islam und westlicher Außenpolitik gebe, als sie beschuldigt wurde, mit extremistischen Muslimen zusammenzuarbeiten:

„Britische Muslime, so sehr wir auch mit einigen der Ansichten, die einige vertreten, nicht einverstanden sein mögen, kämpfen darum, ihre Rechte und Kultur in einem Umfeld von allgegenwärtigem Rassismus aufrechtzuerhalten – einem Rassismus, der dazu dient, die Politik des neuen Imperialismus aufrechtzuerhalten.“⁷⁸

Indem sie das an sich schon problematische antiimperialistische Modell von Unterdrücker- und Unterdrückten-Nationen auf die lokale Ebene übertragen, tendiert der Antirassismus zu einem Lagerdenken und zu einem manichäischen Weltbild. Muslimische Gemeinschaften werden so einseitig als die kollektiven Opfer von Islamfeindlichkeit wahrgenommen, der Staat und die Aufnahmegesellschaft dagegen als Täter. Kritische Aspekte, wie Hinweise auf einen überproportional unter Muslimen verbreiteten Antisemitismus, werden gezielt ausgeblendet.⁷⁹ Auch ist die Erfahrung der Diskriminierung an sich nicht neutral. Wie Günther Jikeli herausgefunden hat, kann der Glaube an einen Krieg gegen den Islam und ähnliche antisemitische Verschwörungstheorien das Gefühl der Diskriminierung verstärken.⁸⁰ Indem nicht sorgfältig zwischen

⁷⁵ John Calvert, *Sayyid Qutb and the Origins of Radical Islamism*, New York 2009, S. 165–166.

⁷⁶ Rickenbacher, *Der jüdisch-westliche „Krieg gegen den Islam“*.

⁷⁷ Zit. n. Göran Larsson, *Cyber-Islamophobia? The case of WikiIslam*, in: *Contemporary Islam* 1 (2007), Heft 1, S. 53–67, hier S. 64.

⁷⁸ Lindsey German, *A badge of honour*, in: *The Guardian*, 13.7.2004, [<http://www.theguardian.com/politics/2004/jul/13/religion.world>], eingesehen 7.11.2015.

⁷⁹ Neil Kressel, *The Denial of Muslim Antisemitism*, in: *Journal for the Study of Antisemitism* 2 (2010), Heft 2, S. 259–270.

⁸⁰ Günther Jikeli, *European Muslim Antisemitism. Why Young Urban Males Say They Don't Like Jews*, Bloomington 2015, S. 50.

Rassismus, legitimer Religionskritik am Islam und verschwörungstheoretisch motivierter Diskriminierungserfahrung unterschieden wird, laufen antirassistische Diskurse Gefahr, islamistische Deutungsmuster zu verstärken, statt sie zu hinterfragen.

In Anbetracht des ungelösten Verhältnisses des Antirassismus zum Islamismus mag es nicht erstaunen, dass antirassistische Organisationen wiederholt mit islamistischen Gruppierungen zusammenarbeiteten. So fungierte Amnesty International als Partner von Cage Prisoners, einer Organisation, die sich für Islamisten und Dschihadisten einsetzt, die des Terrorismus angeklagt sind. Moazzam Begg, ein ehemaliger Unterstützer der Taliban, leitete die Organisation. Als Gita Saghal, eine bekannte Feministin und hochrangige Vertreterin von Amnesty, 2010 Einwände gegen diese Zusammenarbeit erhob, wurde sie von Amnesty entlassen.⁸¹ Erst als 2015 bekannt wurde, dass der IS-Terrorist Mohammed Emwazi aka Jihadi John, der für die Ermordung westlicher Geiseln verantwortlich war, ein ehemaliger Schützling von Cage Prisoner war, distanzierte sich Amnesty International von der islamistischen NGO.⁸² Auch in Frankreich arbeiteten Teile der antirassistischen Bewegung in den 2000er-Jahren offen mit islamistischen Organisationen zusammen, die dem Netzwerk der Muslimbruderschaft angehören. Dies führte schließlich zu einer Spaltung in der antirassistischen Bewegung zwischen den Gruppen, die den Islamismus und den muslimischen Antisemitismus als ernsthaftes Problem anerkannten, und jenen, die nicht darüber sprechen wollten.⁸³ Solche Kollaborationen zwischen linken, antirassistischen NGOs und Islamisten waren auch im Jahr 2017 weiterhin eine Möglichkeit, wie der Fall der Amerikanerin Linda Sarsour zeigt, die am sogenannten Women's March eine prominente Rolle einnahm – trotz ihrer Unterstützung für die Scharia-Gesetzgebung in Saudi Arabien und ihre antisemitischen und antiisraelischen Statements.⁸⁴

Die Vorstellung einer inhärenten westlichen Feindschaft gegenüber dem Islam in antirassistischen, linken und islamistischen Diskursen ist oft von einem tiefgründigen Ressentiment gegen den Westen inspiriert. Diesen Okzidentalismus definieren Buruma und Margalit als „das entmenschlichende Bild des Westens, das von seinen Feinden gemalt wird [...]“.⁸⁵ Sie beschreiben den Okzidentalismus als globales Phänomen, das überall dort auftritt, wo Menschen mit dem Westen, seinen Ideen und Produkten konfrontiert werden. Der Okzidentalismus ist dabei keine in sich konsistente Ideologie,

⁸¹ A reputation at risk, in: *The Economist*, 5.3.2015, [<http://www.economist.com/news/britain/21645806-weightiest-human-rights-outfit-has-waded-moral-quagmire-reputation-risk>], eingesehen 19.4.2016.

⁸² Amnesty International responds to questions about Cage, 18.5.2020, [<https://www.amnesty.org.uk/amnesty-international-responds-questions-about-cage>], eingesehen 1.7.2020.

⁸³ Timothy Peace, The French Anti-Racist Movement and the „Muslim Question“, in: Christopher Flood u. a. (Hrsg.), *Political and Cultural Representations of Muslims. Islam in the Plural*, Leiden u. a. 2012, S. 131–146, hier S. 133f.

⁸⁴ Zu Sarsour siehe u. a. James Kirchick, On Linda Sarsour's Politics of Hate and the Pathos of Her Jewish Enablers, in: *Tablet Magazine*, 15.6.2017, [<http://www.tabletmag.com/jewish-news-and-politics/237149/linda-sarsour-jewish-enablers>], eingesehen 18.10.2017; Bari Weiss, When Progressives Embrace Hate, in: *The New York Times*, 1.8.2017, [<https://www.nytimes.com/2017/08/01/opinion/womens-march-progressives-hate.html>], eingesehen 18.10.2017.

⁸⁵ Ian Buruma/Avishai Margalit, *Occidentalism. The West in the Eyes of Its Enemies*, New York 2005, Z. 99.

sondern ein Rahmen, um die Welt zu begreifen und zu verstehen. Dennoch gibt es viele Überschneidungen zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen des Okzidentalismus, wie die beiden Autoren überzeugend zeigen. Der Westen wird etwa als materialistisch und geistlos, sexuell verdorben und feige wahrgenommen.⁸⁶

Okzidentalistische Bilder sind sowohl linken als auch in islamistischen Diskurs über den Westen und die islamische Welt häufig anzutreffen. Dies zeigt sich etwa beim Vergleich der Beurteilung nahöstlicher, pro-westlicher Eliten bei Saïd Qutb und bei Susan Buck-Morss. Saïd Qutb kritisierte diese heftig und beschuldigte sie, sich an den Westen verkauft zu haben und die arabischen Länder in einen Zustand des Unglaubens zurückzuführen.⁸⁷ Die Gründe, die von Susan Buck-Morss vorgebracht wurden, um den steigenden Erfolg des Islamismus im Nahen Osten zu erklären, ähneln in überraschender Weise der Analyse Qutbs. Sie schreibt in ihrem Buch „Thinking Past Terror“, die arabischen Regimes, „die behaupten, indigene, islamische Werte nicht aufgegeben zu haben, verletzen sie tatsächlich auf Schritt und Tritt. [S]ie setzen sich aus korrupten Machteliten zusammen, nominell muslimisch aber leidenschaftlich westlich-materialistisch in ihrem persönlichen Konsum, die auf Kosten einheimischer Bedürfnisse ausländische Interessen bedienen trotz der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich“.⁸⁸

Während Kritik an der Regierungsbilanz arabischer Regimes sicherlich berechtigt ist, tut Buck-Morss mehr als das. Sie konstruiert eine Dichotomie zwischen den korrupten, materialistisch-verwestlichten und von Fremdinteressen geleiteten Eliten einerseits und einem indigenen, sozial-gerechten Islam andererseits. Diese Zeilen sind charakteristisch für einen linken, essentialistischen und okzidentalistischen Diskurs über den Westen und den Islam. Der Islam wird hier als Gegenbild zu einem ausschließlich negativ wahrgenommenen Westen konstruiert. Eddie Truman etwa schrieb auf *Islamophobia Watch*, die Muslime „[...] sehen den christlichen Westen als eine Vision der Hölle, in der politische Führer wie Bush und Blair in Kirchen religiöse Gebete verrichten und Kinder auf der anderen Seite der Welt massakrieren. Sie sehen ein System, das Frauen, Kinder, Kranke und Arme mit Hass, Gewalt und Verachtung behandelt und die Reichen verherrlicht“.⁸⁹ Ein Ressentiment gegen den Westen wird hier offensichtlich in einen Diskurs über den Islam verpackt. Gemeinsame Deutungsmuster erleichtern die gegenseitige Sympathie und spielen eine entscheidende Rolle bei der Zusammenarbeit zwischen Linken und Islamisten.

⁸⁶ Ebd., Z. 417–425.

⁸⁷ Scott L. Montgomery/Daniel Chirot, *The Shape of the New: Four Big Ideas and How They Made the Modern World*, Princeton 2016, S. 404.

⁸⁸ Buck-Morss, *Thinking Past Terror*, S. 44.

⁸⁹ Maj, *Il ruolo di Hezbollah*.

Ausblick

Im Jahr 2010 organisierten linke und islamistische Kräfte die sogenannte Gaza-Flottille, um einen internationalen Vorfall mit Israel zu provozieren. Das Kalkül ging auf. Seither ist es jedoch spürbar leiser geworden. Während des Gaza-Krieges 2014 vermochten dieselben Kreise nicht mehr in demselben Maße zu mobilisieren wie früher. Das links-islamistische Bündnis steckt offenbar in einer Krise. Dafür gibt es mehrere Gründe. Die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten und Israel polarisieren die öffentliche Meinung nicht mehr in dem Maße wie während der 2000er-Jahre. Die Wahrnehmung des Nahen Ostens ist zunehmend komplexer geworden und andere Themen stehen heute im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Eine antiimperialistische Sicht auf den Nahen Osten, die alle Konflikte einseitig als Folge amerikanischer und israelischer Politik zu erklären versucht, ist zunehmend unglaubwürdig. Der syrische Bürgerkrieg und der Aufstieg des Islamischen Staates haben die Kooperation zwischen Islamisten und Linksextremisten weiter verkompliziert. Die große Mehrheit der muslimischen Diaspora und der islamischen Organisationen in Europa sind sunnitisch und tendieren zur islamistischen Opposition gegen Assad. Die antiimperialistische Linke dagegen tendiert zur schiitischen Partei im Krieg, vertreten durch die Hisbollah, den Iran und Syrien. Dies stellt eine schwer überbrückbare Differenz zwischen Antiimperialisten und Islamisten dar. Die Teilnahme tausender junger europäischer Muslime am syrischen Dschihad und die Rückkehr vieler junger Europäer zu terroristischen Anschlägen in ihre Heimatländer haben das Bewusstsein für die Gefahren der muslimischen Radikalisierung geschärft. Häufig geschieht diese Radikalisierung in Bezirken, die von Linksparteien regiert werden, die dem Islamismus wohlgesonnen oder zumindest indifferent gegenüberstehen, wie etwa im Molenbeek-Quartier in Brüssel.⁹⁰ Die Zusammenarbeit mit islamistischen Kräften ist daher politisch umstrittener geworden.

Das Risiko links-islamistischer Zusammenarbeit ist jedoch nicht gebannt. Mit der – zwischenzeitlich wieder gescheiterten – Übernahme der Britischen Labour-Partei durch den radikalen Flügel Jeremy Corbyns und der politischen Polarisierung in den USA und dem zunehmenden Linkskurs in der Demokratischen Partei waren bzw. sind erneute Tendenzen erkennbar, dass extreme Linke den Islamismus wiederholt als Bündnispartner entdecken. Sollten sich auch die innerarabischen Konflikte entschärfen – etwa durch einen Friedensschluss in Syrien – ist eine erneute Annäherung zwischen Linken und Islamisten möglich.

⁹⁰ Molenbeeks Ex-Bürgermeister: Ein Pate des Dschihad?, in: *Audiativ-Online*, 24.11.2015, [<http://www.audiativ-online.ch/2015/11/24/molenbeeks-buergermeister-ein-pate-des-dschihad/>], eingesehen 10.12.2015.

